

## **Ganz Europa verflucht diesen Plan – doch Brüssel will ihn unbedingt umsetzen**

Welt, 29.09.2024, Stefan Beutelsbacher

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus253721924/Waldschutz-Plan-der-EU-Unternehmen-und-Politiker-dagegen-doch-Bruessel-haelt-dran-fest.html?sc\\_src=email\\_6541910&sc\\_lid=640947391&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=2199&sc\\_cid=6541910&cid=email.crm.lc.eq.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6541910&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1&cachebuster=true](https://www.welt.de/wirtschaft/plus253721924/Waldschutz-Plan-der-EU-Unternehmen-und-Politiker-dagegen-doch-Bruessel-haelt-dran-fest.html?sc_src=email_6541910&sc_lid=640947391&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2199&sc_cid=6541910&cid=email.crm.lc.eq.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6541910&sc_eh=94c824e22aa172ca1&cachebuster=true)

Ein EU-Vorhaben erregt die Gemüter. Unternehmen, Regierungen und Parteien begehren dagegen auf – selbst Grüne und Konservative vereinen sich. Und der Widerstand geht fernab Europas noch weiter.

Die EU-Kommission wollte einst das Prinzip „One in, One out“ anwenden: Für jedes neue Gesetz sollte ein altes weichen. Zudem versprach Präsidentin Ursula von der Leyen eine Verringerung der Berichtspflichten. Die Zahl der Mitteilungen und Meldungen, die Unternehmen nach Brüssel schicken müssen, kündigte sie an, werde um 25 Prozent sinken.

Und in ihrer zweiten Amtszeit dürfte es sogar einen Kommissar für den Abbau von Bürokratie geben. Doch nun treibt Brüssel – statt Regulierung zu verringern – erst einmal ein weiteres Gesetz voran, die Entwaldungsverordnung. Und die sorgt weltweit für Frust.

Der deutsche Kanzler ist dagegen und, so hört man in EU-Kreisen, rund 20 weitere Regierungschefs. Auch Grüne und Konservative, vereint in einer seltenen Allianz, wollen das Gesetz verschieben. Aus Südamerika und den USA kommt heftige Kritik. Ebenso aus der deutschen Wirtschaft. Ein EU-Beamter sagt: „Ich weiß nicht, wann ein Vorhaben zuletzt so viel Widerstand ausgelöst hat.“

Möbel, Kaffee, Soja und viele weitere Produkte sollen nur noch nach Europa gelangen, wenn dafür keine Wälder zerstört werden. Das ist das Ziel der Verordnung. Importeure müssen ab dem kommenden Jahr nachweisen, dass ihre Lieferanten – zum Beispiel Kaffeebauern in Ecuador – nicht fällen und roden. So will Brüssel die Dschungel in Südamerika, Afrika und Asien schützen.

Die Zahlen sind schockierend: Zwischen 1990 und 2020 gingen den Vereinten Nationen zufolge 420 Millionen Hektar Wald auf der Welt verloren, eine Fläche so groß wie die EU. Das neue Gesetz aus Brüssel halten viele trotzdem für falsch. Denn es bedeute eine enorme Belastung für die Wirtschaft und belaste die Beziehungen zwischen Europa und Südamerika, meinen die Kritiker.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) setzt sich bei von der Leyen für eine Aufschiebung des Gesetzes ein. Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) unterstützt das. „Die Kommission hatte über ein Jahr Zeit, die Voraussetzungen für eine ordentliche und praxistaugliche Umsetzung der Verordnung zu schaffen“, sagte er in dieser Woche. „Das ist nicht gelungen.“

*In dieser Form „ein bürokratisches Monstrum“*

Auch in Brüssel gibt es Widerstand. „Die Verordnung verfolgt ein sehr berechtigtes Ziel“, meint der CDU-Europaabgeordnete und Umweltpolitiker Peter Liese aus

Südwestfalen. „Aber in ihrer gegenwärtigen Form ist sie ein bürokratisches Monstrum.“ Dutzende Branchen seien betroffen. Und manchen drohe die Überforderung. „In meinem Wahlkreis gibt es einen mittelständischen Röster, der seit über 30 Jahren fair gehandelten Bio-Kaffee produziert und gute Lieferbeziehungen nach Mittelamerika hat“, erzählt Liese. „Die Kleinbauern, die ihn beliefern und die vorbildlich wirtschaften, kommen mit dem Instrumentarium nicht klar.“

Und das Gesetz ist nur eines von vielen. Brüssel verspricht weniger Bürokratie und schafft immer mehr. „Die Entwaldungsverordnung reiht sich in eine Serie von extrem wettbewerbsschädigenden Regularien ein“, sagt Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Er nennt das Lieferkettengesetz, die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und CBAM, das ist ein Zoll auf Kohlendioxid. „Die EU überfrachtet Unternehmen mit kaum handhabbaren, völlig überzogenen Vorgaben.“

Viele Kritiker stört auch, dass es oft Überschneidungen gibt. Zum Beispiel zwischen der Entwaldungsverordnung und der Lieferkettenrichtlinie. Auch die sieht vor, dass Unternehmen kontrollieren, ob ihre Geschäftspartner in fernen Teilen der Erde die Umwelt schützen. Und zwar über die gesamte Wertschöpfung hinweg, vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt.

Die Aufregung ist also groß. In der Wirtschaft, in den Parteien, in den nationalen Regierungen. Zur Wahrheit gehört aber, dass das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten der Entwaldungsverordnung im vergangenen Jahr zustimmten. Der konservative Verhandlungsführer des Parlaments, Christophe Hansen aus Luxemburg, erklärte damals: „Bis heute sind unsere Supermarktregale allzu oft mit Produkten gefüllt, die mit der Asche abgebrannter Regenwälder bedeckt sind und die Lebensgrundlage indigener Völker vernichtet haben.“ Das klingt dramatisch. Und doch will Hansens Partei, die EVP, das Gesetz schon ein Jahr später wieder aussetzen.

Die Stimmung in Brüssel hat sich gedreht. In von der Leyens erster Amtszeit stand der Kampf gegen den Klimawandel im Zentrum. Nun verschiebt sich der Fokus. Abgeordnete, Regierungen und auch die Kommission wollen Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das sagen sie zumindest. In der Praxis zeigt sich das bisher kaum.

Schon am Lieferkettengesetz gab es viel Kritik, vor allem in Deutschland. Doch gegen die Entwaldungsverordnung begehrt die halbe Welt auf. Kürzlich forderte die US-Regierung, Brüssel solle das Gesetz später in Kraft treten lassen, weil viele amerikanische Unternehmen noch nicht bereit seien. Und Brasilien findet es übergriffig und fürchtet wirtschaftliche Schäden. Ein Drittel der Exporte in die EU, so die Regierung, seien von der neuen Regelung betroffen. Steaks für Europa dürften zum Beispiel nicht von Rindern kommen, die dort grasten, wo bis vor wenigen Jahren noch der Dschungel wuchs.

Die Entwaldungsverordnung bedroht sogar das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur, der Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und seit kurzer Zeit auch Bolivien angehören. Die Gespräche dazu dauern schon mehr als 25 Jahre. In den kommenden Monaten

sollen sie abgeschlossen werden. Europas Wirtschaft hofft auf den Deal. Schließlich würde die neue Freihandelszone fast 800 Millionen Menschen umfassen.

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva scheint zuversichtlich. „Ich war noch nie so optimistisch, was das EU-Mercosur-Abkommen angeht“, sagte er diese Woche am Rand der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Doch noch, hört man in Brüssel, gebe es einige Hürden. Zum Beispiel die Entwaldungsverordnung. Wird die Kommission sie noch ändern? Bisher heißt es von der Behörde bloß: Man arbeite „weiterhin sehr intensiv“ an den Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Gesetzes Ende des Jahres.